

«Landesstolz verkommt zur Illusion»

Der Thurgauer Unternehmer Daniel Model ist nach Liechtenstein ins Exil gezogen, um der Verklavung des Bürgers durch den Schweizer Staat zu entfliehen. Unternehmer würden durch die Vermögenssteuer vom Fiskus systematisch enteignet. *Von Martin Spieler und René Ruis (Bild)*

Ihre Firma und Ihre Familie sind im Kanton Thurgau verwurzelt. Warum sind Sie nach Vaduz ausgewandert?

Wir haben Freunde in Vaduz und eine Firma im Rheintal. Meine Frau und ich suchten eine Veränderung, nachdem die erwachsenen Kinder ausgezogen waren.

Deshalb mussten Sie ja nicht gleich auswandern.

Im Zusammenhang mit Liechtenstein ist «Auswandern» mehr ein juristischer als ein empfundener Begriff. Für die Wahl von Vaduz waren auch finanz- und zeitökonomische Gründe ausschlaggebend.

Sie wollen einfach weniger Steuern zahlen.

Ja, aber bei den hohen und noch weiter wachsenden Abgaben und der unternehmerischen Schlüsselaufgabe des Kostenparens kommt deshalb keine Scham auf. Wir wenden zu viel Zeit für das Ausfüllen der Steuererklärung auf. Allein für unsere private Steuererklärung brauchen wir eine Woche.

In Vaduz geht dies einfacher, denn Sie profitieren von der Pauschalbesteuerung.

Wir erhalten nur noch eine Pauschalrechnung pro Jahr und bezahlen diese. Das war's dann. Da meine Frau und ich berufstätig sind, lohnt sich das. Wir sparen rund einen Drittel unserer Steuern und eine Woche unserer Zeit.

Empfehlen Sie auch anderen Unternehmern, nach Liechtenstein auszuwandern?

Die Abstimmung mit den Füßen ist wirkungsvoller als diejenige mit dem Wahlzettel.

Werden Sie auch den Hauptsitz Ihres Unternehmens, der im Verpackungsbereich tätigen Model-Gruppe, nach Vaduz verlegen?

Nein. Unser Geschäft ist ein regionales, die Verbundenheit mit unseren lokalen Kunden und Mitarbeitern gross. Allerdings erwirtschaften wir drei Viertel des Umsatzes im Ausland, wo zwei Drittel unserer Mitarbeiter tätig sind. Der Gang ins Exil ist ein persönlicher Entscheid von mir und meiner Frau. Uns gefällt es in Vaduz. Im Thurgau schauten wir aus unserem Haus über den Bodensee nach Deutschland. Jetzt schauen wir von unserer Wohnung aus auf die Schweiz und ihre Berge.

Und was empfinden Sie dabei?

Das Gefühl, zu Hause zu sein.

Sie sind ins steuerliche Exil gegangen?

Ja, es ist schön, dass es möglich war und dass wir uns so der masslos gewordenen Obrigkeit wenigstens etwas entziehen konnten.

Masslos gewordene Obrigkeit? Was ärgert Sie denn so an der Schweiz?

Wenn man die Steuererklärung ausfüllt, droht immer eine latente Kriminalisierung. Man könnte ja etwas vergessen. Besonders schmerzt die Vermögenssteuer – sie hat Enteignungscharakter.

Sie fühlen sich vom Staat enteignet? Das müssen Sie erklären.

Für die Ermittlung der Vermögenssteuer wird das Unternehmen mit Menschen aus Fleisch und Blut jedes Jahr in einen Geldwert verwandelt. Zur Bezahlung jener Steuer muss ein zusätzliches Einkommen erzielt werden, welches ebenfalls zu versteuern ist. Damit entsteht eine mehrfache Belastung, welche letztlich das Unternehmen tragen muss. Nach Vaduz zu gehen, ist für uns eine wirksame Kostensparmassnahme.

Immerhin profitieren Sie als Bürger und Unternehmer vom Staat.

«Die Schweiz ist faktisch das 29. Land der EU, Gesetze und Währung sind auf die EU ausgerichtet.»

Gewiss nicht, der Staat ist eine Belastung, was am Beispiel der Vermögenssteuer anschaulich wird – sie ist unmoralisch wegen des Enteignungscharakters und des damit verbundenen Substanzverzehr. Der Staat ist der enteignende Eigentumsschützer, der mit den so eingenommenen Mitteln verschwenderisch umgeht und so die Bürger demoralisiert.

Deshalb haben Sie der Schweiz den Rücken gekehrt?

Als Unternehmer macht man nicht einfach die Faust im Sack, sondern zieht die Konsequenzen – und zieht weg. In anderen Ländern Europas sind analoge Vorgänge zu beobachten.

Warum kommen denn viele reiche Ausländer ausgerechnet wegen der tiefen Steuern in die Schweiz?

Sie profitieren – anders als die Inländer – von der Pauschalbesteuerung. Ich bin für die Pauschalbesteuerung für Ausländer, weil sie volkswirtschaftlich nützt. Aber die Pauschalsteuer sollte auch für Inländer gelten.

Wir sind nach Vaduz gegangen, um ebenfalls in den Genuss des Privilegs der Pauschalbesteuerung zu kommen.

Ist die Schweiz gar kein Steuerparadies, wie dies von Kritikern aus dem Ausland behauptet wird?

Die Schweiz hat punkto Steuern international einen guten Ruf, der zumindest für Inländer nicht den Tatsachen entspricht und sie hat in überraschend kurzer Zeit die Banken zu Steuereintreiborganisationen der internationalen Staatengemeinschaft degradiert. Damit verkommt der Schweizer Landesstolz zur Illusion.

Worin besteht die Illusion?

Die identitätsstiftenden Elemente wie ein skeptisches Verhältnis gegenüber einem allmächtigen Staat, das Bankgeheimnis als Schutz des Privatvermögens und die Nicht-EU-Mitgliedschaft sind am Schwinden.

Die Schweiz ist nicht EU-Mitglied.

Da eine explizite Mitgliedschaft mit grosser Wahrscheinlichkeit am Volkswillen scheitern würde, wird eine implizite Mitgliedschaft eingerichtet.

Auf welche Fakten stützen Sie sich?

Auf die unzähligen umfangreichen, in komplizierter und seelenloser Juristensprache verfassten Vertragswerke zwischen der EU und der Schweiz. Die Schweiz ist so eng mit der EU verflochten, dass nun auch die rechtliche Souveränität des Landes in Frage gestellt ist. Auch der Franken ist ein «De-facto-Euro».

Und nun leben Sie im EWR-Land Liechtenstein, das noch enger an die EU gebunden ist als die Schweiz. Das ist ein Widerspruch

Das macht keinen Unterschied. Die Schweiz ist faktisch das 29. Land der EU, weil ihre Gesetze und die Währung auf die EU ausgerichtet sind. Unter dem Druck der EU und der USA gibt sie Eigenständigkeit auf – zuletzt das Bankgeheimnis. Ihre Exekutive ist stärker mit den anderen Regierungen verbunden als mit den eigenen Bürgern. Transferzahlungen in Richtung EU laufen unter so abstrakten Begriffen wie «Kohäsionsmilliarde». Der Bürger wird nicht mehr vom Staat geschützt, sondern von ihm verraten.

Das ist eine Unterstellung.

Nein, ich denke dabei an die Herausgabe von Bankdaten an ausländische Staaten oder an Abkommen, die den Eindruck entstehen lassen, dass die Regierung mit der EU und den USA unter einer Decke steckt, und die



«Bürger wird vom Staat verraten»: Unternehmer Model.

eine Tugend. Etatisten reden sie schlecht, indem sie vom «Kaputtsparen» sprechen. Man setzt die Anreize falsch – etwa im Gesundheitswesen: Man bekommt von der Krankenkasse Geld, wenn man möglichst lange krank ist, und nicht, wenn man gesund lebt. Allgemein ist das Unerwünschte subventioniert und das Erwünschte mit Abgaben belastet, so dass das Ignorieren der Wirkung des Ökonomischen die Abwärtsspirale weiter nährt.

Wo verschwendet der Staat Geld?

Die grösste Verschwendung liegt im sinnlosen und widersprüchlichen Umverteilen. Man nimmt den Reichen über progressive Steuersätze überproportional viel weg, ohne dass es bei den Armen ankommt – das meiste bleibt in der Umverteilungsorganisation namens Staat hängen. So wird anschaulich, dass die Schwächung der Starken nicht zu einer Stärkung der Schwachen führt. Auch die Schweiz ist damit in einem falschen Staatsverständnis gefangen.

Nämlich?

Sie hängt an der Utopie, dass der Staat für das Wohl der Bürger verantwortlich sei. Von der Wiege bis zur Bahre muss der Staat für die Bürger schauen und dafür sorgen, dass sie nirgendwo Schmerz erleiden – das ist nicht zu Ende gedacht.

Viele sind ohne eigene Schuld in eine schwierige Situation geraten.

Genau dieses Herausreißen aus dem eigenen lebensweltlichen Zusammenhang ist unsozial. Es geht für den Menschen gerade darum, den Zusammenhang zwischen sich und seinem Schicksal herzustellen. So kann Verantwortung entstehen, welche die Kraft für die Problemlösung liefert. Die wohlfahrtsstaatlich kultivierte Schmerzfremde ist eine Illusion, die das Lernen behindert.

Möchten Sie den Sozialstaat abschaffen?

Dieser Staat ist nicht sozial – er bestiehlt seine Bürger unter Gewaltandrohung, er verteilt in viele und gegensätzliche Richtungen um, er steckt seine Nase laufend in neue Handlungsfelder, er ist verschwenderisch, und er nährt die Illusion, dass jeder Nutzniesser dieses Durcheinanders sei.

Auch Ihr Unternehmen ist Nutzniesser des Sozialstaates.

Ein Unternehmen ist eine soziale Einrichtung, und ich sehe mich als Unternehmer und Sozialarbeiter zugleich. Meine Alltagstätigkeit ist das Gespräch in all seinen Formen – dasjenige mit den Mitarbeitern ist am häufigsten. Das Wohl meiner rund 3200 Mitarbeiter interessiert mich.

Das sagen alle. Primär wollen Sie doch ganz im kapitalistischen Sinne mit Ihrer Firma möglichst viel verdienen.

Selbst wenn ich das Schlechte wollte, bewirke ich doch stets das Gute. Wenn die Mitarbeiter wirklich mitarbeiten und gut zusammen-

real zu Verhaftungen von Schweizer Bürgern im Ausland führen. Internationale Abkommen zum Austausch von Daten und zur Überwachung der Menschen nehmen die unbescholtenen Bürger, die wahrscheinlich mehr als neunzig Prozent der Bevölkerung ausmachen, unter Begriffen wie «Geldwäscherei» und «Terrorismus» in Geiselhaft – mit der Folge der Verklavung des Bürgers.

Verklavung? Die Schweiz ist eines der freisten Länder der Welt.

Historisch betrachtet schon, der Virus namens Etatismus hat aber auch die

Schweiz erfasst, weil das Angstmachen vor Verlust des Arbeitsplatzes, Krankheit und anderen möglichen Katastrophen die Immunsysteme der Menschen lahmgelegt hat. Die Bürger sind bereit, Freiheit gegen Sicherheit einzutauschen, bis sie letztlich beides verlieren werden. Es kann so zu einer staatsbürgerlichen Pflicht werden, möglichst wenig Steuern zu zahlen, damit die Utopie des Wohlfahrtsstaates nicht noch mehr Nahrung erhält.

Warum?

Weil der Staat mit den Steuergeldern verantwortungslos umgeht. Sparsamkeit ist

arbeiten, verdient das Unternehmen mehr, weil die Marktleistung gut und die Produktivität hoch ist; die Reinvestitionen sind so finanziert und schaffen über Akzeleratoreffekte laufend neuen Wohlstand. Dieses System funktioniert. Da braucht es keinen Staat. Der Staat müsste sich ganz aus der Wirtschaft zurückziehen.

Allerdings haben die krassen Fehlleistungen bei den Banken während der Finanzkrise gezeigt, dass es Regeln und Aufsicht braucht.

Nein. Der Finanzsektor ist neben dem Gesundheitswesen der Bereich, der in der Schweiz am meisten reguliert ist und gerade deshalb laufend neue Verwerfungen erzeugt. Das soll nicht der Staat, sondern der Markt regeln.

Dann nehmen Sie auch Grossbankkonkurse in Kauf?

Ja, die Fehlleistungen sollen in den Konkurs münden können. Erst wenn ein Grossbankkonkurs möglich ist, greift die Sanktionsmöglichkeit des Marktes. Dazu ist kein Staat nötig.

Wo braucht es den Staat noch?

Wenn überhaupt, dann im Rechtsbereich. Aus allen wirtschaftlichen Aktivitäten und

«Der Staat hat in der Bildung nichts zu suchen, weil er das Geistige geradezu vertreibt.»

auch aus dem Bildungswesen müsste er sich zurückziehen.

Aber dann würden Sie die Schulpflicht, eine wichtige Errungenschaft unserer Gesellschaft, opfern.

Die Schulpflicht ist nicht die Essenz. Es geht um die Erweckung des Interesses an der Welt, die Entwicklung von Fragen über ihre Rätsel und die geistige Tätigkeit als Mittel, sich diesen Fragen zu nähern. Die Freiheit ist dazu die wichtigste Ingredienz. Staatliche Schulen und Universitäten sind gerade nicht der Hort der Freiheit, sondern Brutstätten permanenter Bildungsreformen, Bildungsprogramme und permanenter Bildungsbürokratie. Der Staat hat in der Bildung nichts zu suchen, weil er das Geistige geradezu vertreibt. Wenn man alle versteckten Abgaben mitrechnet, hat der Staat heute auch in der Schweiz einen Anteil von rund der Hälfte des gesamten Bruttosozialproduktes.

Da unterscheidet sich Liechtenstein aber nicht grundlegend.

Doch. Liechtenstein ist kleiner und föderalistischer als die Schweiz, weshalb die Gemeinden mehr Einfluss haben. Die Gemeindeautonomie war eine wichtige Errungenschaft der Schweiz; sie ist erst in

den letzten Jahren – von den meisten unbe- merkt – einer klassisch obrigkeitlichen Hi- erarchie gewichen. In der Gemeinde ist die soziale Wirklichkeit lebendiger und an- schaulicher als in anonymisierten, bürger- fernen Verwaltungen. In der Gemeinde wird genauer geschaut, was mit dem Geld passiert. Anders als bei den Kantonen und dem Bund funktioniert in der Gemeinde die Kontrolle meist gut, weil die Strukturen übersichtlich sind, man die Leute kennt. In Liechtenstein besteht zudem die Sezessi- onsmöglichkeit. Das ist Gold wert.

Die Gemeinden haben in Liechtenstein per Gesetz die Möglichkeit, sich abzuspalten.

Darin steckt eine tiefe Weisheit, unter an- drem wegen der disziplinierenden Wirkung auf den Staat. Wenn das Volk unzufrieden ist mit der Regierung oder dem Fürsten, kann sich eine Gemeinde von Liechtenstein los- sagen. Der Staat muss also aufpassen, dass er seine Bürger nicht verärgert. So wird der Bürger zum Kunden und ist nicht wie bei uns ein Sklave des Staates.

Müsste der Staat wie eine Firma geführt sein, die im Auftrag der Kunden, sprich sei- ner Bürger, tätig ist und bezahlt wird?

Ja, der Staat sollte zum Nutzen seiner Bürger arbeiten wie eine Firma für ihre Kunden. Ein Unternehmer darf seine Mitarbeiter nicht schikanieren, sonst verlassen sie ihn. Der Staat als Monopolist hingegen glaubt, dem Schikanieren des Bürgers sei keine Grenze gesetzt. Es ist befriedigend, dass wir dank der Aufnahme in Liechtenstein eine kleine Grenze setzen durften.

Und da gehen Sie ausgerechnet nach Liech- tenstein, in eine Monarchie, wo ein Fürst regiert. Unsere Vorfahren haben sich doch immer gegen fremde Vögte, Könige und Fürsten gewehrt.

Der abstrakte, unsoziale Staat in der Schweiz ist uns zum Fremden geworden und die



Demokratie zur Maske, hinter der sich Ressentiments und Gewalt gut verbergen können. Liechtenstein scheint eine gesunde Balance zwischen Demokratie und Monarchie aufzuweisen.

Was sagen Sie zum Vorwurf, Sie seien in Grunde genommen ein wirtschaftliche Landesverräter?

Man kann nicht ein abstraktes Land ver- raten, sondern nur konkrete Menschen. Die Demokratie in der Schweiz ist moralisch degeneriert und zum Vehikel einer sozialis- tischen Diktatur verkommen. Eine wi-

«Liechtenstein scheint eine gesunde Balance zwischen Demokratie und Monarchie zu haben.»

auch immer zusammengeschusterte Mehr- heit schickt der Minderheit den Zahlungs- befehl und übt damit die Gewaltherrschaft aus, welche die Freiheit des Einzelnen ein- schränkt, statt die Selbstbestimmung zu stärken. Wir versuchen, uns dieser Gewalt mit einer Flucht ins Exil zu entziehen.

Sie hatten in früheren Jahren im Thurgau einen eigenen Staat ausgerufen. Wird die- ser jetzt von Liechtenstein annektiert?

Nein, eher wäre möglich, dass mein Staat die Zukunft und das Liechtenstein der Gegen- wart diplomatische Beziehungen aufbauer. Unser Umzug auf der Grundlage eine expliziten Regierungsbeschlusses von Liechtenstein kann als freundschaftlich Annäherung verstanden werden.

Haben Sie den Fürsten Hans-Adam oder den Erbprinzen Alois von Liechtenstein schon getroffen?

Nein, es hat kein Gespräch mit dem Fürster- haus stattgefunden, wohl aber mit den Behörden.

Warum wirken Sie nicht selbst in der Schweizer Politik mit? In den Parla- menten braucht es Unternehmer.

Unternehmer wie Christoph Blocher und Johann Schneider-Ammann werden in jener Welt systematisch fertiggemacht beim einen tanzen die Parlamentarier auf Stühlen und Tischen bei seiner Abwahl beim anderen werden hasserfüllte Medientiraden verfasst im Falle von Steuer- optimierungen. Die demokratistisch- Politikultur verabscheut das Elitäre und pflegt das Populäre, der Unternehmer pflegt das Elitäre zugunsten des Mark- erfolgs seines Unternehmens. Ich bin Unternehmer.

Was müsste passieren, damit Sie von Vaduz wieder zurück in die Schweiz ziehen?

Der Abbruch des Wohlfahrtsstaats- experiments, der Rückzug auf das Rechts- wesen, verbunden mit der Verschlan- kun und Vereinfachung des Steuersystems.